

**KAMPAGNE "STEUER GEGEN ARMUT"**  
**www.steuer-gegen-armut.org**  
**www.transaktionssteuer.org**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,  
sehr geehrter Herr Seehofer,  
sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

wir, die Unterzeichner, fordern die neu gewählte Bundesregierung auf, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und dafür einzutreten, dass sie auch von anderen Ländern umgesetzt wird. Die Finanztransaktionssteuer ist nicht nur ein Beitrag zu mehr Stabilität auf den Finanzmärkten, sondern generiert auch finanzielle Mittel, die für die globale Armutsbekämpfung verwendet werden können. Wir begründen unsere Forderung wie folgt:

Mehrfach seit Anfang der 1970er Jahre war Spekulation bereits Mit-Ursache von Finanz- und Banken Krisen. Spekulation war auch mitverantwortlich für die globale Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise 2008 sowie die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Weitere Ursachen für die genannten Krisen sind u.a. die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die Geschwindigkeit, mit der Finanztransaktionen heutzutage abgewickelt werden.

Die Folgen der Krisen sind weltweit sehr ungleich verteilt. Zwar leiden auch reiche Staaten darunter. Doch sie können Milliarden US\$ aufwenden, um die Krisenfolgen aufzufangen. Die meisten Entwicklungsländer hingegen leiden unter Einbrüchen bei ausländischen Direktinvestitionen, im Export, Rohstoffverkauf und Tourismus, bei Rücküberweisungen von Migranten und der Entwicklungshilfe. All dies gefährdet den Zeitplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Für diese beiden Problemfelder gibt es aber ein geeignetes Mittel: Eine **Finanztransaktionssteuer**, die über die von James Tobin 1972 vorgeschlagene Devisentransaktionssteuer hinausgeht und **alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen** einbezieht. Eine solche Steuer kann EU- und weltweit umgesetzt werden. Bis dies der Fall ist, sollen auf nationaler Ebene vorbereitende Schritte unternommen werden, z.B. unterstützende parlamentarische Entschlüsse oder die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Eine Finanztransaktionssteuer hätte aus unserer Sicht etwa folgende Vorteile:

- Finanztransaktionen werden entschleunigt und so die (Selbst-)Kontrolle über das Geschehen an den Finanzmärkten verbessert.
- Die Finanztransaktionssteuer ist einfach umzusetzen, da sie keine Ausnahmen zulässt. Sie betrifft alle Marktteilnehmer in ähnlicher Weise, da alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen der Steuer unterliegen.
- Die Steuer macht kurzfristige Spekulationen unrentabler. Mittel- und langfristige Investitionen werden, aufgrund eines niedrigen Steuersatzes zwischen 0,1 und 0,01%, nicht behindert.
- Die Finanztransaktionssteuer ist kein Allheilmittel. Sie kann aber mit dazu beitragen, dass globale Krisen zukünftig weniger häufig auftreten und weniger heftig verlaufen.

Die Einführung einer solchen Steuer wäre an sich schon ein Erfolg, weil alle Länder von einer stabileren Weltfinanz- und Wirtschaftsordnung profitieren. Darüber hinaus würde die Steuer gleichzeitig national ein- bis zweistellige, global aber dreistellige Milliardenbeträge generieren, die zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden können.

National und international findet die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zunehmendes Gehör. Auf dem Gipfel der G20-Staaten in Pittsburgh Ende September wurden sowohl die Ursachen als auch die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als zentrale Herausforderungen des gemeinsamen politischen Handelns betont. Im Vorfeld der Bundestagswahl haben sich die Bundeskanzlerin und fast alle Parteien befürwortend zur Einführung einer solchen Steuer geäußert.

Wir hoffen, dass es sich dabei nicht bloß um Wahlkampfaktik gehandelt hat, denn auch wir erachten es als wichtig, dass die Finanztransaktionssteuer, neben anderen Maßnahmen, auf die Reformagenda des globalen Finanzsystems gehört. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass der Finanzsektor zur Bewältigung der Krisenfolgen beiträgt und so generierte Gelder nicht nur den Haushalten reicher Staaten zufließen.

Veröffentlicht zum 17.10.2009, dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut,

## **Organisationen/Institutionen**

1. Bischöfliche Aktion ADVENIAT, Geschäftsführer Prälat Bernd Klaschka
2. Ärzte für die Dritte Welt/German Doctors, Generalsekretär Dr. Harald Kischlat
3. Attac Deutschland, für den Koordinierungskreis Detlev von Larcher
4. Bank für Kirche und Caritas eG, Paderborn, Vorstandsvorsitzender Dr. Richard Böger, Vorstandsmitglied Jürgen Reineke
5. Brot für die Welt, Direktorin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel
6. Deutsche Kommission Justitia et Pax, Vorsitzender Bischof Dr. Stephan Ackermann
7. Deutsche Welthungerhilfe, Generalsekretär Dr. Wolfgang Jamann
8. Deutscher Gewerkschaftsbund, Geschäftsführender Bundesvorstand
9. Ethikbank, Vorstandsvorsitzender Klaus Euler
10. Evangelischer Entwicklungsdienst, für den Vorstand Dr. Rudolf Ficker sowie Peter Lanzet, Referent
11. Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorsitzender Konrad Freiberg
12. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzender Ulrich Thöne
13. Global Policy Forum Europe, Geschäftsführer Jens Martens
14. Germanwatch, Vorstandsvorsitzender Klaus Milke
15. GLS-Bank, Vorstandssprecher Thomas Jorberg
16. INKOTA-netzwerk, Geschäftsführer Arndt von Massenbach
17. Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München, stellv. Leiter Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher
18. Jesuitenmission, Prokurator P. Klaus Vähröder SJ
19. KAB Deutschlands e.V., Vorsitzende Birgit Zenker
20. Medico international, Geschäftsführer Thomas Gebauer
21. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Josef Sayer
22. Missio München, Präsident P. Eric Englert OSA

23. Oikocredit Deutschland, Geschäftsführerin Dr. Brigitta Herrmann
24. Oswald v. Nell-Breuning Institut, Leiter Prof. Dr. Bernhard Emunds
25. Oxfam Deutschland, Geschäftsführer Paul Bendix
26. Pax Bank, Vorstandsvorsitzender Dr. jur. Christoph Berndorff
27. Solidaritätsdienst International e.V. (SODI), Vorstandsvorsitzender Johannes Schöche
28. SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene, Fachbereich Armutsbekämpfung und Internationale Finanzmärkte, Dr. Pedro Morazán
29. Terre des hommes, Referent Entwicklungspolitik Dr. Klaus Schilder
30. VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, Vorstandsvorsitzende Dr. Claudia Warning
31. WEED – Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung, Leiter der Abteilung Finanzmärkte Peter Wahl
32. Weltnotwerk – Solidaritätsaktion der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Geschäftsführer Norbert Steiner

## **Personen**

1. Herbert Alt, Direktor i.R., Sparkasse Saarbrücken
2. Frank Bsirske, Bundesvorsitzender ver.di
3. Prof. em. Dr. Herwig Büchele SJ, Netzwerk von Christen zur Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative
4. Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ
5. Alexander Kirchner, Vorsitzender der Gewerkschaft TRANSNET
6. Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
7. Dr. Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher, Wien
8. Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender IG BAU